



12/2024

63. JAHRGANG

MAGAZIN

Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.

XVII. Bundesvertretertag

- Interview mit der Bundesvorsitzenden
- Der neue Bundesschwerbehindertenvertreter stellt sich vor



EDITORIAL

Am 26. November 2024 wurde die Bundesvorsitzende Imke v. Bornstaedt-Küpper mit überwältigender Mehrheit in ihrem Amt bestätigt

XVII. Bundesvertretertag 2024 – Zukunft und Einigkeit



Diese zwei Worte beschreiben den diese Woche zu Ende gegangenen XVII. Bundesvertretertag des VBB am besten! Es gab zahlreiche spannende Anträge und Diskussionen.

In offener Wahl und ohne Gegenstimmen wurde Imke v. Bornstaedt-Küpper erneut zur Bundesvorsitzenden gewählt.

In ihrer Rede anlässlich des Festaktes forderte sie eine Fokussierung der Streitkräfte auf ihre militärischen Kernaufgaben. Überbesetzungen in Stäben und Ämtern, insbesondere durch Offiziere, verhinderten eine effiziente Truppenstärke und einsatzbereite Strukturen.

Frau v. Bornstaedt-Küpper verlangte eine stärkere Trennung von zivilen und militärischen Aufgaben: Verwaltungsaufgaben sollten konsequent von kompetenten zivilen Fachkräften übernommen werden. Der Einsatz von Soldaten in fachfremden zivilen Positionen sei ineffizient und verschwende Ressourcen.

Eine Effizienzsteigerung sei möglich durch eine Anpassung der Personalstrukturen: Der Anteil der Personalkosten im Haushalt müsse besser genutzt werden, anstatt Geld in ineffiziente Strukturen zu investieren.

Sie kritisierte den aktuellen Entwurf der Bundeslaufbahnverordnung, der die Ausschreibungspflicht aushöhle. Transparente und faire Auswahlverfahren mit einer Bestenauslese seien essenziell notwendig für die Kompetenz und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Es müsse eine Kultur der Wertschätzung sowie Perspektiven geschaffen werden: Die Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation sowie die Rückkehr zur 39-Stunden-Woche seien überfällig. Loyalität ist keine Einbahnstraße; der Staat muss angemessene Arbeitsbedingungen garantieren.

Sie forderte mehr Engagement der politischen Leitung: Das Verteidigungsministerium sollte sich aktiv für die Belange seiner Beschäftigten einsetzen, anstatt auf andere Ressorts zu verweisen.

Ihr zur Seite stehen in der Bundesleitung:

Klaus-Peter Schäfer (stellv. Bundesvorsitzender)
Antje Ott (stellv. Bundesvorsitzende)
Ceyhan Dursun (stellv. Bundesvorsitzender)
Siegfried Dobry (Bundesschatzmeister)
Marion Gerber (Bundesschriftführerin)
Stefan Tittes-Deblon (VBB-Listenführer Beamtengruppe HPR)

Alexander Heß (Sprecher Fachbeirat Tarifpolitik)
Markus Sonntag (kooptiertes Mitglied)
Christian Essig (kooptiertes Mitglied)

Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus folgenden Bereichs-/Landesvorsitzenden:

Simone Rahn (I)
Karl Nowotny (II)
Michael Meister (III)
Rainer Schönhofen (IV)
Karin Voit (V)
Lothar Breunig (VI)
Steffen Espig (VII)
Daniel Klein (VIII)
Klaus Schütte (IX)

sowie der nachfolgend aufgeführten Beisitzer der Bereiche/Landesverbände:

Oliver Strinkau (I)
Anita Windßus (II)
Andrea Thomas (III)
Armin Becker (IV)
Alexander Hussong (V)
Robert Ascherl (VI)
Astrid Bittkau (VII)
Sandra Kerzel (VIII)
Frank Bartz (IX)

Darüber hinaus gehören folgende Sonderbeisitzer dem Bundesvorstand an:

Susanne Nißing (Bundesfrauenvertreterin)
Jan Müller (Bundesjugendvertreter)
Peter Balmes (Bundessenorenvertreter)
Christopher Würz (Bundesschwerbehindertenvertreter)

Kassenprüfer sind:

Karl-Heinz Witthüser
Peter Maschmeyer

Ein weiterer Meilenstein ist die Verselbstständigung der Jugend!

#WirSindVBB – Für das Zivilpersonal der Bundeswehr! ■

INHALT VBB

Aktuelles	4
Bundesschwerbehindertenvertretung	19
Seminare	20
Wissenswert	21
Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	23
Personalnachrichten	33

INHALT dbb

Tarifpolitik – Beschäftigte von Bund und Kommunen: Eine antiquierte Arbeitswelt passt nicht zu modernen Lebensentwürfen	34
Staat und Gesellschaft – Gemeinnütziges Engagement: Als Wahlhelfer im Einsatz für die Demokratie	35
In eigener Sache – Bundestagswahl: Wir werden uns einmischen!	38
Gesundheitspolitik – Pflegeversicherung: System unter Druck	40
Tarifpolitik – Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt: Rückendeckung für Unterstützer	47

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 49,60 Euro zzgl. 9,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 5,70 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 65 (dbb magazin) und Preisliste 49 (VBB-Magazin), gültig ab 1.1.2024. **Druckauflage:** dbb magazin: 551913 (IVW 3/2024). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. ISSN 0521-7814

AKTUELLES

XVII. Bundesvertretertag

Rede der Bundesvorsitzenden beim Festakt am 27. November 2024

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr vertritt seit 68 Jahren die Interessen der Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr. Seit 2019 setzen wir uns auch für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundeswehr ein. Hier und heute können wir sagen, dass das eine sehr gute Entscheidung war. Der VBB wächst und gedeiht! Konstant geblieben ist die herausgehobene Position in der Bundeswehr: Wir sind die mitgliederstärkste Interessenvertretung für die Zivilbeschäftigten in der Bundeswehr!

Seit Mai dieses Jahres stellen wir auch die stärkste Fraktion der Zivilbeschäftigten im Hauptpersonalrat! Und damit vertritt der VBB die Interessen von fast 80.000 zivilen Angehörigen der Bundeswehr. Das alles geht nur mit engagierten Mitgliedern. Das geht alles nur mit Ihnen, liebe delegierte Kolleginnen und Kollegen. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen allen, insbesondere bei unseren ehrenamtlichen Mitgliedern, für Ihre Unterstützung bedanken.

Mein Dank gilt auch den Vertreterinnen und Vertretern der Amtsseite, die mit uns gemeinsam Verbesserungen für das Zivilpersonal der Bundeswehr erreichen. Dass dabei nicht alle Ziele oder Wege übereinstimmen, gehört zum Geschäft dazu.

Frauenpower



Frau Ott: stellv. Bundesvorsitzende des VBB, Frau Döring: Abteilungsleiterin Personal im BMVg, Frau Ihle: Leiterin KC Schwerin, Frau König: Leiterin KC Dresden, Holler: Leiterin KC Kiel, Frau v. Bornstaedt-Küpper, Bundesvorsitzende des VBB (von links)

Die neue Bundesleitung und der neue Bundesvorstand



Imke v. Bornstaedt-Küpper (Bundesvorsitzende) Klaus-Peter Schäfer (stellv. Bundesvorsitzender, nicht auf dem Bild) Antje Ott (stellv. Bundesvorsitzende), Ceyhan Dursun (stellv. Bundesvorsitzender), Siegfried Dobry (Bundesschatzmeister), Marion Gerber (Bundesschriftführerin), Stefan Titte-Deblon (VBB-Listenfürer Beamtengruppe HPR), Alexander Heß (Sprecher Fachbeirat Tarifpolitik), Markus Sonntag (kooptiertes Mitglied, nicht auf dem Bild), Christian Essig (kooptiertes Mitglied, nicht auf dem Bild)



Der neue Bundesvorstand des VBB

Vielen Dank auch an Sie, sehr geehrte Bundestagsabgeordnete. Sie haben stets ein offenes Ohr für die Belange der Beschäftigten der Bundeswehr und ich freue mich über das wohlwollende Interesse, das mir in den Gesprächen mit Ihnen begegnet.

Ich möchte heute über die Bedeutung der Professionalität im öffentlichen Dienst sprechen.

Wir, die wir hier sitzen, haben eines gemeinsam: Wir alle haben das Interesse und das Ziel, dass die Bundeswehr ihre Aufgabe – die Wahrung der äußeren Sicherheit – erfüllen kann. Wir alle wollen in Frieden leben. Die Bundeswehr benötigt dafür Personal. Wir müssen Menschen für die Idee der Friedenswahrung begeistern – egal ob in Zivil oder in Uniform. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bundeswehr diesen Menschen die bestmöglichen Rahmenbedingungen bietet. Wir müssen sicherstellen, dass den aktiven Beschäftigten Wertschätzung und Perspektiven gegeben werden. Und es ist wichtig, dass die Bundeswehr ihr Personal nicht verliert. Dafür erwarten wir von den Angehörigen der Bundeswehr in allen Statusgruppen Kompetenz und Professionalität.

Die Professionalität der Menschen in der Bundeswehr ist der Garant für den Erfolg der gesamten Bundeswehr. Natürlich geht es

auch immer um Geld und Material, aber ich möchte hier und heute die **Menschen** in den Vordergrund stellen.

Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes stehen grundsätzlich unter besonderer Beobachtung der Öffentlichkeit. Das ist auch gut und richtig, denn sie werden aus Steuergeldern alimentiert. Zu Recht wird erwartet, dass die staatlichen Aufgaben **unparteiisch, kompetent, rechtmäßig** und zügig erledigt werden. **Die Legitimation des öffentlichen Dienstes beruht auf diesen Pfeilern. Wir wollen alles dafür tun, dass diese Pfeiler stark bleiben.** Als Garant für einen starken, funktionsfähigen und resilienten Staat.

Ich möchte Ihnen aufzeigen, wo wir richtig gut sind, aber auch, wo die Pfeiler bröckeln und dringend wieder gestärkt werden müssen. Bei der Bundeswehr besteht die Besonderheit, dass die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem bei den Soldatinnen und Soldaten liegt. Das ist gut nachvollziehbar, denn sie sind es, die in den Streitkräften die Bundesrepublik verteidigen und dabei auch bereit sind, Leib und Leben zu opfern. Aber dies gelingt nur zusammen mit den Zivilbeschäftigten der Bundeswehr, die die Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der Gesetze bestmöglich und tatkräftig unterstützen. Das ist ausdrücklich in Artikel 87b des Grundgesetzes vorgesehen.

Und glauben Sie mir, die Streitkräfte können sich auf die professionelle Unterstützung durch die Angehörigen der Wehrverwaltung verlassen. Zugebenermaßen, der Begriff Wehrverwaltung mag etwas altmodisch anmuten, aber dazu sage ich: **Verwalten heißt gestalten!** Und im Sinne des Zitates von Jean Fourastié: „**Die Zukunft wird so aussehen, wie wir sie gestalten**“ ist die Bundeswehrverwaltung auf dem Weg in die Zukunft. Die Zivilbeschäftigten der Wehrverwaltung haben längst verstanden, was die Wiederentdeckung von LV/BV bedeutet (Entschuldigung, das ist der Bundeswehrspezifische Aküfi – Abkürzungsfimmel), das bedeutet Landes- und Bündnisverteidigung. Die Zivilbeschäftigten setzen diese Aufgaben professionell und zugleich innovativ um.

Ich möchte Ihnen zwei Beispiele für die sogenannte Zeitenwendegeschwindigkeit der Wehrverwaltung geben:

1. Das Marinearsenal in Rostock

Achtung: Nicht überall, wo Marine draufsteht, ist auch Marine drin. Es handelt sich nicht um eine militärische Dienststelle der Teilstreitkraft Marine, sondern um eine zivile Dienststelle des zivilen Organisationsbereichs AIN (Ausrüstung, Instandsetzung und Nutzung). Hier werden Schiffe der Marine instand gesetzt.

2022 wurden die Zeichen der Zeit im Organisationsbereich AIN blitzschnell erkannt, als in Warnemünde bei Rostock eine große zivile Werft in der Insolvenz war und verkauft werden sollte. Es gelang, die damalige Leitung des BMVg davon überzeugen, die Instandsetzungskapazitäten für die Marineschiffe zu erweitern.

Was dann kam, ist Geschichte: Innerhalb weniger Monate gelang es unter gemeinsamer Kraftanstrengung vieler Player aus der Ämterebene, dem Ministerium und einer vom Projekt überzeugten Staatssekretärin, die Werft zu kaufen, das Personal zu übernehmen und das Marinearsenal Wilhelmshaven unter der Leitung von Rainer Sacher um die Warnowwerft in Warnemünde zu erweitern. Dies alles in einer unglaublichen Zeit von wenigen Monaten in 2022. Ein Riesenerfolg, der auch heute noch einen Applaus wert ist.

Dank und Ehrungen



Die neu gewählte Bundesvorsitzende mit Ehrenmitglied Peter Beuscher



Ehrung von Gerhard Bernhardt



Ehrung von Werner Burr



Dank und Verabschiedung von Frau Katja Wiskirchen



Dank und Verabschiedung von Frau Elisabeth Benz



Ehrung von Heinrich Esendiller

© Friedhelm Windmüller (6)

2. Das Convoy-Support-Center in Rheine

Sie alle haben sicherlich von der Rolle Deutschlands als sogenannte Logistikdrehscheibe innerhalb der NATO gehört. Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage Auf- und Durchmarschgebiet für alliierte Kräfte der NATO.

Das Bundeswehrdienstleistungszentrum Münster hat unter Leitung von Thomas Goldschmidt innerhalb weniger Monate eine mobile Unterstützungsstation für die alliierten Kräfte, die auf dem Weg in ihr Aufmarschgebiet sind, geplant und aufgebaut, mobile Unterkünfte für 800 Männer und Frauen, eine mobile Küche, Instandsetzungsmöglichkeiten für das Gerät, Sanitätsärztliche Versorgung und vieles mehr. Alles wurde im Wesentlichen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Bundeswehrdienstleistungszentrum Münster gestemmt – und das neben der originären Arbeit. Wir konnten uns Anfang Oktober im Rahmen einer Übung von der Leistungsfähigkeit des Pilotprojektes überzeugen. Dies ist eine unglaubliche Leistung, die einen Applaus wert ist.

Die beiden genannten Beispiele sind Leuchttürme, die exemplarisch zeigen, was tagtäglich in der Wehrverwaltung im Großen und im Kleinen geleistet wird. Aber, es gibt ein besonderes Phänomen: Die durch Professionalität und Engagement erreichten Erfolge sind oft geräuschlos, denn wenn man etwas gut macht, wenn man Probleme löst, dann sorgt man nicht für Aufregung oder Schlagzeilen.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für ihr geräuschloses, immerwährendes Engagement für die Bundeswehr und unser Land. Erwarten können wir allerdings, dass die Führungskräfte im Verteidigungsministerium nicht nur dorthin schauen, wo es knallt oder kracht.

Meine Damen und Herren,

in meinen Gesprächen der letzten Monate habe ich wahrgenommen, dass manchmal die Frage gestellt wird, ob das Beamtentum noch zeitgemäß sei. Gerade in den aktuell stürmischen, politischen Zeiten muss man sich darüber im Klaren werden, welche Bereiche des staatlichen Handelns unabdingbar garantiert werden müssen. Die Gewährleistung der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gehört wohl unstrittig zu den staatlichen Kernaufgaben.

Ich hatte schon erwähnt, dass die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr die professionelle Unterstützung einer funktionierenden Bundeswehrverwaltung benötigen, damit sie sich auf ihren Dienst an der Waffe konzentrieren können. Es ist auch kein Geheimnis, wenngleich für viele Jahre in Vergessenheit geraten, dass viele zivile Dienstposten der Bundeswehr eine sogenannte V-Kodierung haben beziehungsweise wieder erhalten werden. Das bedeutet, dass im Ernstfall eine andere Aufgabe als die normale Tätigkeit wahrgenommen werden oder die bisherige Aufgabe unter erhöhter Gefährdung oder auch an einem anderen Ort wahrgenommen werden muss. Alles, um die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu stärken.

Die sicherheitspolitische Lage hat sich in den Planungen für den Ernstfall längst niedergeschlagen.

Das Bundesleistungsgesetz und das Arbeitssicherstellungsgesetz wurden aktualisiert. Hier verbergen sich eine Vielzahl von hoheitlichen Befugnissen zur Sicherstellung von Arbeitsleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung, die ich im Einzelnen nicht aufzählen möchte. Zuständig ist der zivile Organisationsbereich IUD (Infrastruktur und Dienstleistungen).

Der zivile Organisationsbereich **Personal** muss gerade auch in Situationen höchster Krisen und im Fall eines Verteidigungseinsetzes zügig die personelle Bedarfsdeckung sicherstellen können. Schließlich tritt die Wehrpflicht im Kriegsfall automatisch wieder in Kraft – mit entsprechenden Anforderungen an Musterung, Zuordnung und Ausbildung. Für den zivilen Organisationsbereich **AIN** (Ausrüstung, Instandsetzung und Nutzung) existiert ein Maßnahmenpaket von rund 70 Ad-hoc-Maßnahmen, um sich klarer als bisher auf den Auftrag im Ernstfall auszurichten. All diese Aufgaben legitimieren die Existenz von Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehr. In diesem sensiblen Bereich staatlicher Kernaufgaben hat das Streik**verbot** für Beamtinnen und Beamte eine existenzielle Bedeutung.

Meine Damen und Herren,

die Beamten und Beamtinnen stehen in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis zum Staat.

Wir sagen: Ja, das stimmt, aber Loyalität ist keine Einbahnstraße!

Der Staat ist im Gegenzug zur amtsangemessenen Alimentation und Schaffung angemessener Rahmenbedingungen verpflichtet.

Wie steht es denn damit?

Ich weiß, dass Volker Geyer gleich dazu etwas sagen wird, deshalb nur in Kürze: Die Bundesregierung ist seit Jahren nicht in der Lage, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation umzusetzen. Auch die ebenfalls seit Jahren versprochene Rückkehr zur 39-Stunden-Woche ist scheinbar in Vergessenheit geraten.

Es ist schlimm genug, dass das Bundesinnenministerium hier nicht handlungswillig oder handlungsfähig ist.

Was wir aber definitiv erwarten, ist, dass sich die politische Leitung des BMVg, des Geschäftsbereichs mit den meisten Angehö-

rigen in einem Dienst- und Treueverhältnis, für ihre Angehörigen einsetzt. Es ist kein Zeichen von Wertschätzung, wenn man sich in diesen Kernbereichen zurücklehnt und auf das federführend zuständige BMI schaut.

Hier erwarten wir mehr Engagement! Völlig inakzeptabel ist auch, dass das BMI in dem aktuellen Entwurf der Bundeslaufbahnverordnung den in Artikel 33 Absatz 2 verfassungsrechtlich vorgegebenen freien Zugang zu einem öffentlichen Amt aushöhlen will. Nur über eine öffentliche Ausschreibung kann eine Bestenauslese mit einem fairen Auswahlverfahren nach objektiven Kriterien erfolgen und einen möglichst großen Kreis an potenziellen Bewerbern erreichen. Ausnahmen sind nur in Einzelfällen unter besonderer Begründung möglich.

Mit der neuen Regelung schafft sich die Exekutive jedoch de facto selbst eine Anspruchsgrundlage dafür, die Stellenausschreibungspflicht permanent unterlaufen zu können. Hier wird die Axt an den Pfeiler der Kompetenz des öffentlichen Dienstes angelegt. Denn die Ausschreibungspflicht garantiert Expertise und fachliches Können des öffentlichen Dienstes! In der Verbändebeteiligung hat das BMI offengelegt, dass hier eine Forderung des BMVg umgesetzt wurde: Der nahtlose Wechsel von Zeitsoldaten nach Ende ihrer Verpflichtungszeit auf Beamtendienstposten soll ermöglicht werden.

Der VBB hat hier eine glasklare Position: Jede Soldatin und jeder Soldat kann selbstverständlich und sehr gerne nach dem Ende der militärischen Dienstzeit in ein ziviles Dienst- oder Arbeitsverhältnis der Bundeswehr wechseln, **wenn die entsprechende Kompetenz vorhanden ist**. Diese muss in einem Auswahlverfahren nachgewiesen werden. Dann wird die Bewerbung auf eine Ausschreibung auch Erfolg haben. Es gibt in Deutschland klare Vorgaben zur Feststellung von Kompetenz, sie sind im sogenannten DQR, dem Deutschen Qualitätsrahmen, niedergelegt.

Einen Verlust an Kompetenz können und wollen wir uns nicht leisten! Und dies ist auch nicht im Interesse des Staates. Die Frage der

Impressionen



Festakt



Die Bundesvorsitzende Imke v. Bornstaedt-Küpper mit dem Ehrenvorsitzenden Wolfram Kamm



Die Bundesvorsitzende mit der Fraktionsvorsitzenden Britta Haßelmann, B90/Grünen



Imke v. Bornstaedt-Küpper



Staatssekretär Nils Hilmer



Abgeordnete Serap Güler, CDU



Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, Dr. Marcus Faber, FDP



Die Bundesvorsitzende mit Staatssekretär Nils Hilmer



Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender

© Friedhelm Windmüller (10)

Kompetenz stellt sich jedoch nicht nur beim Wechsel vom Soldaten in das Beamtenverhältnis, sondern begegnet uns in der Bundeswehr auf Schritt und Tritt. Seit Minister de Maizière verfolgt die Bundeswehr den sogenannten bundeswehrgemeinsamen Ansatz. Nicht der Status, sondern die Kompetenz soll entscheiden.

Bundeswehrgemeinsam klingt vermeintlich ansprechend, hat aber im Wesentlichen dazu geführt, dass Tausende Soldatinnen und Soldaten in zivilen Ämtern zivile Aufgaben wahrnehmen – oft ohne entsprechende Ausbildung. Besonders beliebt sind Führungspositionen. Sogar die Spitze des zivilen Bundesamtes für das Personalwesen der Bundeswehr ist seit einigen Monaten militärisch besetzt. Was war die Folge? Natürlich ein zusätzlicher militärischer Stellvertreter – B6-dotiert! Mehr als die Hälfte der Abteilungsleitungen in diesem zivilen Amt ist mit Soldaten besetzt.

Aber der Befund ist ja noch viel schlimmer: Viele Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr werden nicht nur in zivilen Ämtern eingesetzt, sondern in Inhouse-Gesellschaften des Bundes oder auf sogenannten dienstpostenähnlichen Konstrukten – also außerhalb von Dienstposten und Aufgaben. Sie sitzen sogar auf zivilen Dienstposten und übernehmen damit zivile Aufgaben – oft über

viele Jahre, wie zum Beispiel der Abteilungsleiter Rüstung im Ministerium. Haben Sie schon einmal einen Beamten/eine Beamtin oder Tarifbeschäftigte als Kommandant eines Zerstörers gesehen, als Divisionskommandeur oder vielleicht als Inspekteur der Luftwaffe? Das erscheint abwegig, nicht wahr? Geradezu absurd!

Aber umgekehrt? Umgekehrt soll es gehen, denn „in Soldat kann alles“. Warum sage ich das alles? Ist das eine Neiddebatte, weil Soldaten einfach besser führen können?

Nein, weder das eine, noch das andere trifft zu!

Es geht vielmehr um Kompetenz, um Effizienz und um die personelle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Wir sind uns sicherlich alle einig, dass sich die Berufsbilder von Zivilbeschäftigten und Soldaten fundamental unterscheiden. Sie haben daher zwangsläufig unterschiedliche Ausbildungswege und Fachkompetenzen. Wie kann es dann möglich sein, dass so viele Soldatinnen und Soldaten nicht in ihrem erlernten Beruf, sondern irgendwo anders eingesetzt werden? Haben sie überhaupt die **Kompetenz** für diese anderen Aufgaben? Was befähigt beispielsweise einen Piloten oder U-Boot-Kommandanten dazu, im Büro Verwaltungsaufgaben zu erledigen?



Natürlich gibt es immer Ausnahmen, insbesondere bei technischen Berufen, aber grundsätzlich hat es sich nicht bewährt. Ein ehrlicher Vergleich zwischen den Erfolgsbilanzen von militärisch und zivil geführten Karrierezentren würde beispielsweise die Wahrheit ans Licht bringen, nämlich, dass Verwaltungsaufgaben in zivile Hände gehören – aber derartige Erfolgskontrollen finden nicht statt. Und ist es offensichtlich, dass der fachfremde Einsatz von teuer und gut ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten **nicht effizient** ist.

Nicht nur ihre Ausbildung ist besonders teuer, sondern sie haben auch besonders niedrige Altersgrenzen für den Eintritt in den Ruhestand, sie erhalten unentgeltliche truppenärztliche Versorgung und sind insgesamt wegen politischer Bildung, Sport in der Dienstzeit et cetera viel weniger verfügbar als Beamte. Nach dem Personalberechnungsschlüssel liegt diese Verfügbarkeit bei einem Verhältnis von vier zu fünf. Vier Beamtinnen und Beamte erledigen dieselbe Arbeit wie fünf Soldatinnen und Soldaten. Verstehen wir uns nicht falsch: Die Sonderrechte von Soldatinnen und Soldaten sind richtig, wenn sie im Zusammenhang mit dem extrem fordernden militärischen Beruf stehen. Aber wie wollen Sie es rechtfertigen, dass im Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr ein militärischer Sachbearbeiter für Personal mit 56 Jahren nach Hause geht, während sein ziviler Büronachbar bis zum 67. Lebensjahr weiterarbeiten muss? Der Soldat ist dann vielleicht ausgebildeter Fahrlehrer – im Übrigen eine militärische Mangelprofession –, der sich danach selbstständig macht oder als Reservistendienstleistender auf denselben Dienstposten zurückkehrt und noch mehr Geld verdient. Sie wundern sich über das Beispiel? Ich kann Ihnen versichern, das ist Bundeswehr live! Es gibt einen weiteren Aspekt, der zu einem erheblichen Effizienzverlust führt:

Können Sie sich vorstellen, was es bedeutet, wenn ein Soldat Vorgesetzter in einem zivilen Umfeld ist? Soldaten müssen aus berufsspezifischen Gründen nach dem Soldatengesetz auch rechtswidrige Befehle befolgen – das ist dem militärischen Geschehen im Einsatz geschuldet. Beamte sind dagegen an Recht und Gesetz gebunden. Dieser Clash der Kulturen ist ein Ergebnis des bundeswehrgemeinsamen Ansatzes und führt zu nicht zu unterschätzenden Reibungs- und Motivationsverlusten. Der dritte Aspekt betrifft die personelle Einsatzbereitschaft. Es geht darum, dass die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nicht da sind, wo sie dringend benötigt werden: nämlich in der Truppe! Zu viele Soldatinnen und Soldaten stehen nicht für das militärische Kerngeschäft zur Verfügung.

Der Inspekteur des Heeres, Alfons Mais, hat es kürzlich auf den Punkt gebracht: Nur 80.000 Soldatinnen und Soldaten sind ope-

rativ tätig, die anderen 100.000 sind in Ämtern und Stäben. Oft wird entgegnet, dass man diese Soldatinnen und Soldaten ja nicht einfach so in die Truppe verschieben könne, weil gar nicht genug Platz für sie sei. Es gäbe ja gar nicht genügend Divisionen, Brigaden und Bataillone für die vielen Offiziere. Das ist richtig, und genau da liegt das Problem: Wir haben heute fast so viele Offiziere wie Mannschaften, das ist ein krasses Missverhältnis und es führt dazu, dass die Offiziere Betätigungsfelder außerhalb der militärischen Kernaufgaben suchen. Die strukturelle Planstellenpyramide bei den Streitkräften ist offenkundig erheblich gestört. Das hat Auswirkungen auf den Erfolg der gesamten Bundeswehr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir können uns diese Strukturen nicht mehr leisten. Spätestens vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage müsste allen glasklar sein, dass die Streitkräfte sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und die NATO-Zusagen erfüllen müssen. Die Personalstrukturen der Bundeswehr müssen dringend zur Chefsache werden. Die Kernaufgaben der Streitkräfte müssen priorisiert werden und der Personalbedarf muss nach anerkannten Methoden der Personalbedarfsermittlung ermittelt werden. Das war in den Reorganisationsaktivitäten des Ministers noch nicht enthalten und muss dringend nachgeholt werden.

Die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr wären dankbar, wenn bei ihnen Aufgaben und Strukturen in Einklang gebracht werden. Das muss jedoch für **alle** Statusgruppen in der Bundeswehr gelten! Die Bundeswehr hat nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn sie sich einer ehrlichen und schonungslosen Analyse der Personalstruktur unterzieht und sich dann zukunftsfest und ergebnisorientiert aufstellt. Mehr Geld in schlechte Strukturen ist der falsche Weg. Dazu ist der Anteil der Personalkosten im Einzelplan 14, also dem Haushalt des BMVg, viel zu hoch.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir versprechen unseren Mitgliedern, aber auch der Amtsseite und dem Parlament, dass wir – der VBB – die Bundeswehr stärken wollen, und wir versprechen, dass wir die Zukunft der Bundeswehr konstruktiv und kritisch mitgestalten werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! ■



Zur Rede ►